

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Monika Lazar, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/5257 –**

### **Frauenquote bei Gremienbesetzungen durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung konsequent einhalten**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes durchzuführen, um effektivere Besetzungsmechanismen zu implementieren sowie geeignete Kontroll- und Quotenmechanismen einzuführen; bis zur Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes bei der Besetzung von Gremien durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die Frauenquote des Bundesgremienbesetzungsgesetzes einzuhalten; bei der Benennung von Mitgliedern für projektgebundene Fachjurs, Arbeits- und Auswahlgremien durch das BMVBS Frauen mindestens hälftig zu berücksichtigen; transparente Besetzungsverfahren sowie effektive Kontrollmechanismen einzuführen, anhand derer die Erreichung des Ziels der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien im Zuständigkeitsbereich des BMVBS überprüft werden kann; im BMVBS eine vollständige Liste der Gremien zu führen, einschließlich aller Arbeits- und Auswahlgremien, und den jeweiligen Frauenanteil auszuweisen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/5257 abzulehnen.

Berlin, den 6. September 2011

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Anton Hofreiter**  
Vorsitzender

**Petra Müller (Aachen)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Petra Müller (Aachen)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5257** in seiner 102. Sitzung am 7. April 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes durchzuführen, um effektivere Besetzungsmechanismen zu implementieren sowie geeignete Kontroll- und Quotenmechanismen einzuführen; bis zur Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes bei der Besetzung von Gremien durch das BMVBS die Frauenquote des Bundesgremienbesetzungsgesetzes einzuhalten; bei der Benennung von Mitgliedern für projektgebundene Fachjurys, Arbeits- und Auswahlgremien durch das BMVBS Frauen mindestens hälftig zu berücksichtigen; transparente Besetzungsverfahren sowie effektive Kontrollmechanismen einzuführen, anhand derer die Erreichung des Ziels der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien im Zuständigkeitsbereich des BMVBS überprüft werden kann; im BMVBS eine vollständige Liste der Gremien zu führen, einschließlich aller Arbeits- und Auswahlgremien, und den jeweiligen Frauenanteil auszuweisen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/5257 in seiner 38. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/5257 in seiner 39. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie sei grundsätzlich für eine stärkere Berücksichtigung von Frauen in Gremien. Die Bundesregierung sei hier in ihren Bemühungen vorangekommen, aber die Situation sei verbesserungsfähig. Der vorgelegte Antrag bleibe aber teilweise noch hinter den

Maßnahmen zurück, die in dem Fünften Gremienbericht der Bundesregierung zum Bundesgremienbesetzungsgesetz (Drucksache 17/4308) vorgeschlagen würden.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, in dem Fünften Gremienbericht der Bundesregierung (Drucksache 17/4308) fehlten konkrete Vorschläge, wie man es erreichen wolle, dass Männer und Frauen in den entsprechenden Gremien paritätisch vertreten seien. Bislang gebe es hier nur geringfügige Fortschritte. Sie strebe daher Maßnahmen an, mit denen man eine paritätische Besetzung schneller erreichen könne. Das Instrument der Doppelbenennung sei an sich ein sehr gutes Instrument, man benötige hier aber auch Sanktionsmöglichkeiten.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, die Forderung, den Frauenanteil in den Gremien der Wirtschaft und in der Verwaltung zu heben, werde von ihr unterstützt. Bislang sei in diesem Bereich nicht genug geschehen. In dem Bericht der Bundesregierung (Drucksache 17/4308) sei daher ein Forderungskatalog enthalten, den sie unterstütze. Dieser beinhalte – anders als der vorliegende Antrag – eine ganze Reihe konkreter Vorschläge. Die Forderungen der Bundesregierung gingen zudem über die Forderungen in dem vorliegenden Antrag hinaus.

Die **Fraktion DIE LINKE.** befürwortete den vorgelegten Antrag. Es gehe nicht darum, lediglich auf dem Papier Frauen zu fördern, sondern es gehe darum, dies in den real existierenden Gremien zu erreichen. Beispielsweise der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG werde nur vom Bund besetzt. Es sei überhaupt kein Problem, für diesen mehrere Frauen zu benennen. Sie habe auch konkrete Vorschläge gemacht, welche Aufsichtsräte man dort austauschen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, der Gremienbericht der Bundesregierung zeige zwar Missstände auf, daraus müssten aber auch Initiativen folgen. Ihr Antrag beschränke sich auf eine dringend notwendige Novellierung des Bundesgremiengesetzes. Das BMVBS liege in dem Gremienbericht mit einem Frauenanteil von 17 Prozent in den von ihm zu besetzenden Gremien unter dem Durchschnitt. Insofern gebe es hier Nachholbedarf.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5257.

Berlin, den 6. September 2011

**Petra Müller (Aachen)**  
Berichterstatlerin

